

Vossische



Zeitung

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntags: „Berichte, Belletrik, Zeitbilder“ und „Literarisches Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: L. V. Julius Eibau.
Verantw. f. d. Gesamtheit des Inhalts: L. V. Karl Wollatz.
Philipp, Berlin. Für Rückk. unvers. Mannskr. ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postansprache: Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3655,
für den Verleger: Amt Dönhofs 3688-3698. Telegramm-
Adresse: Ullstein-Verlag, Berlin. Postfachkonto Berlin 664.

Die Staatsgewalt geht vom Volk aus

Verfassungstag /

Von Dr. Hermann Dietrich,
Reichsminister der Finanzen

Der 11. August

Von
Julius Eibau

Der Mensch ist ein Wesen, welches, sobald es eine gewisse Höhe der Wirtschaft und der Kultur erreicht hat, nur noch in einer organisierten Gemeinschaft leben kann. Wenn neben diese Gemeinschaft der Staat und das Gesetz, welches die Grundlagen dieses Staats legt, seine Organe schafft und die Grundlagen anlegt, nach welchen das Zusammenleben der Staatsbürger geregelt zu werden ist.

Die Verfassung.

Fast alle Kulturvölker haben einen besonderen Tag jedes Jahres dazu bestimmt, die Verfassung ihres Volkes, die heilig und unerschütterlich ist, zu feiern. Je älter die Verfassung, je fester das Staatsbewußtsein, um so weiter und tiefer wurzeln diese Feiern in den Rassen. Das deutsche Volk hat eine junge Verfassung, die es sich selbst gegeben hat, als nach den Stürmen des großen Krieges in dem Innern der Revolution das alte Reich zerbrach. In heiligem Maße hat wir Deutsche die Bedeutung der Verfassung aus bewußt geworden und immer weitere Volkssteile haben Sinn und Zweck der Verfassungsfeier verstanden gelernt.

Unter ganz besonderen Umständen begehen wir diesmal den Verfassungstag. Der Reichstag ist aufgelöst und die Reichsregierung ist sich genötigt, auf Grund der Bestimmungen des Artikels 48 der Verfassung dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, eine Reihe von Dingen, die in der Regel durch Gesetz zu ordnen sind, durch eine Notverordnung zu regeln. Es ist von Notkultur gerast und gestrichelt worden. Notkultur bedeutet aber, daß irgendeine Instanz oder Person Rechte in Anspruch nimmt, die ihr nicht zugehören. Es handelt sich daher lediglich um die Frage, ob der Reichspräsident und die Reichsregierung, indem sie jene Notverordnung erlassen, im Rahmen des Artikels 48 der Verfassung verstoßen haben oder nicht.

Der Kampf dreht sich darum, um jeden Preis die Finanzen in der Ordnung zu halten, in der sie sich erfreulichsweise dank der Notverordnung befinden, und im Zusammenhang der Arbeitlosenverflechtung zu vermeiden. Dieses steht in ununterschiedlicher Zusammenhänge. Niemand aber wird beweisen, daß der Zusammenbruch der Arbeitlosenverflechtung die Gefährdung der öffentlichen Ordnung, die Störung der Ordnung, ja die Gefährdung des Staates bedeuten würde.

Die Reichsregierung hat lediglich und ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt gehandelt und es befindet sich niemand in der Welt, welcher nicht auf dem Boden der Republik und der Verfassung steht. Keiner von uns will sich Rechte anmaßen, die uns das Weimarer Grundgesetz nicht zugehört. Wäre der Reichstag nicht aufgelöst, so würde die Auseinandersetzung mit ihm zu führen sein. Da er aber die ihm gestellte Aufgabe nicht zu lösen vermochte, so blieb nur seine Auflösung und der Appell an das Volk übrig.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, besagt der Artikel 1 der Verfassung und darum muß jetzt das Volk unmittelbar entscheiden. Der Kampf dreht sich darum, ob das Volk einen Reichstag wählen will, der die Notmaßnahmen gutheißt oder einen solchen, der sie verwirft.

In den kommenden Wahlen wird das deutsche Volk seine neuen Vertreter bestimmen. Es tritt ein in diese Wahl geschickelt in Parteien; es kann auch gar nicht anders sein. Nun soll man gemäß dem Verfassungstag nicht von Partei zu

reden. Sie sind nun einmal das Kreuz des deutschen Volkes seit Jahrhunderten. Aber Parteien im modernen Sinne des Wortes sind Voraussetzung dafür, daß das parlamentarische System, auf welchem unsere Staatsordnung aufgebaut ist, funktioniert. Gerade gegenwärtig ist man geneigt, den Parteien nur Schlichtes nachzusehen, aber bei näherem Zusehen doch nur deswegen, weil sie in der heutigen Form und Zusammenfassung verlegt haben.

Das Volk ist insofern aufgehalten, nicht nur zu wählen und in der Person des Gewählten zum Ausdruck zu bringen, wie es seine schließliche Entscheidung treffen will, sondern es ist darüber hinaus die Entscheidung zu treffen, ob und wie unser Volk seine Parteien umgruppieren will. Möge es seine Entscheidung so treffen, daß das Wohl des Ganzen im Vordergrund steht und dadurch unsere Wirtschaft gestärkt und unser Staat gefestigt wird.

Gegenwärtig verläßt der ernstliche — und das ist der überwiegende — Teil der Bevölkerung diese Vorgänge. Schlimme Feinde sind am Werk, alles herunterzureißen und schließlich zu machen als es ist. Gewiß man darf die Schwierigkeiten und die Schäden nicht unterschätzen, aber man muß auch feststellen, daß ein Grund zum Verzagen nicht vorhanden ist.

Roch ist die deutsche Wirtschaft leistungsfähig, wenn sie auch eine schwere Depression durchmacht. Roch sind Kassen und Finanzen des Reichs dank der Notverordnung gesichert. Roch sind die Wirtschaftsmittel und die Organisation des Staates reiflos intakt.

Was uns fehlt, um den Weg nach oben, den wir seit dem Zusammenbruch bald langsamer, bald schneller durchzusehen haben, erneut mit der Entschlossenheit zu gehen, das ist Vertrauen zu uns selbst und zu unserer Nation. Wäken wir zurück in unsere Geschichte! Zwei Jahrzehnte davor sahen auf uns herunter und immer sind wir groß gewesen, wenn wir einen inneren Zusammenhalt und einen politischen Willen gehabt haben. Verändern wir darum mit dem Stolz auf die Vergangenheit die Pflicht, für die Gegenwart zu arbeiten und den Glauben daran, daß unser Volk und Staat eine neue Zukunft haben wird, wenn wir nur wollen!

Man redet immer davon, daß die Weimarer Verfassung ein Notbehelf sei. Rein, das ist sie nicht. Gewiß ist dieses Haus, in dem wir wohnen, in einer stürmischen Zeit und in aller Eile errichtet worden, und seine Einrichtung zeigt nicht allem die Notwendigkeit unseres Volkes. Aber das ist die äußere Form, die nicht entscheidet. Abgehend ist der Geist, den wir hineingelegt. Ist dieser Geist ein guter, dann wird das Gebäude haltbarer und widerstandsfähiger. Es kommt lediglich auf Mitglieder unseres Volkes an, daß sie mit dem Willen und dem Leben in unserem Staat aneinander gebunden sind und daß der Schaden des einen nicht des andern Schaden ist.

Wenn die pflichtbewußten Staatsbürger sich erkennen als die Glieder dieser Gemeinschaft, dann werden sie bald auch begreifen, daß von innerer Verflechtung dieser Gemeinschaft und damit von der Stärkung unseres Staates selbst die Frage abhängt, nicht nur, ob der einzelne Bürgergenosse in diesem Staat seinen Platz zum Leben finden, sondern auch, ob wir uns in unserem Platz als große Nation unter den Völkern unseres Planeten behaupten können.

Wer nichts zu verlieren hat, kommt leicht auf den Gedanken, er könne durch eine Umwälzung nur gewinnen. Wozu ermutigen die Statistiker. Unter Arbeitlosen und Hoffnungslosen wirkt es sich leicht für radikale Lösungen. Aber Agitation ist noch lange nicht Aktion. Gefährlich wird es erst, wenn die Leute, die etwas zu verlieren haben, den Kopf verlieren.

Der Sinn des Wahlkampfes ist, die Gemaltparteien durch aktive Abwehr und durch entschlossene Reform jurisdiktivdrängen. Wählerblock-Parteien zwingen nicht. Und was sich Dr. Scholz ausgehandelt hat, bleibt kleinstädtische Parteilichkeit, auch wenn man dafür den schönen Namen „Sindenburg-Union“ wählt. Die berechtigte Erbitterung über die Willkür des parlamentarischen Systems und die milde Gesetz entwürdigender Wählermassen kann nur durch neue Arbeitskräfte überwinden und in aktiven Staatswillen umfassen. Erneuerung und Reform. Aber auch Ehrlichkeit und Dankbarkeit für das, was in gütender Zeit, unter äußerem und innerem Druck, auf schwandendem Boden vor elf Jahren in Weimar geschaffen wurde! Wir leben schnell und zergehen schnell. Der Reichstagsler Meinung hat jetzt wieder in Köln den schmerzlichen Ernst der Situation heraufgeholt, die bewältigt werden müssen, um die Folgen früherer Verirrungen zu überwinden und sichere Verhältnisse in Staat und Wirtschaft zu schaffen. Es ist gut, wenn man offen mit den Wählern spricht. Auch Dietrich hat das getan und damit mehr Vertrauen für seine Finanzpolitik gewonnen, als seine Vorgänger, die ohne zureichenden, bitteren Wahrscheinlich auszuweisen. Aber es ist auch notwendig, den Lebensmut des Politikers wiederherzustellen und ihn daran zu erinnern, wie schwer die Krise gewesen ist, die hinter ihn liegt.

Könnte es für das Fundament, das in Weimar auf den Trümmern der Vergangenheit aus Allem und Neuem in schnell entschlossener Tat durch das Zusammenwirken aller Kräfte der Nation geschaffen wurde, härtere Verhältnisse treten geben, als Aufstand und Inflation? Dazu die Wäken und Abhängigkeit von Hunderttausenden von Offizieren, eine Anzahl, die der Staat aus der Welt geworfen, eine Führerschaft aus der unweiblich weit entfernten Kriegszeit, ein Nachwuchs, der durch Unterernährung und zeitliche Erschütterungen anfällig war, den Einküffissen der fortschrittlichen und kommunistischen Kraftzentren durch die Wäkenlage im Herzen Europas am meisten ausgelegt, von unangenehmen Entscheidungsumfängen bedrängt, durch Bestehende und Abhängige umgeben, in enge, unweibliche Grenzen gedrängt, von der letzten Zeit die Wäken abgeprellt, zwischen fallendem Radikalismus und fallender Wäken hin- und hergerissen. Das alles und noch mehr wurde ertragen und überstanden. Das ist eine Leistung, die ohne Beispiel in der Geschichte ist. Wer dieses Volk führt, der muß die Wäken, die und wer die Verfassung schmätzt, verdient Bestrafung, weil er nicht weiß, was er tut.

Der Reichstagsler hat am Freitag in Köln die Parole ausgegeben: „Nicht gegen die Demokratie, sondern für die Demokratie, für ihre Gesundung, nicht im Sinne extremer Rechte rechts gegen die Sozialpolitik, sondern für Gesundung der Sozialpolitik“. Das ist ein Programm, für das ich wohl eine Mehrheit finden darf, wenn man darauf verzichtet, schon jetzt festzuhalten, daß von jeder Mehrheit die Sozialdemokratie nicht gehören dürfte. Die erste Forderung war der geheime Sinn der gescheiterten Sozial-Allianz. In der geplanten Fraktionsgemeinschaft sollte Carl Westarp die Gefühlsbindung darstellen haben, welche Koalitionsmöglichkeiten tragbar wären und welche nicht. Es mußten in der Führer der Deutschen Volkspartei besonders bitter sein, daß ihm das Weimarer Zentrumstragung nachsagt, daß der von ihm betriebene Zusammenschluß auf „überalterten Parteigeheissen und überalterten Parteien“